

**NIEDERSCHRIFT**  
**über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde Karlsbad am 28. Juli 2010 im Bürgersaal des Neuen Rathauses in Karlsbad-Langensteinbach**



Beginn: 18:05 Uhr

Ende: 21:15

Verhandelt:

Karlsbad, 28. Juli 2010

**Bürgermeister:**

**Rudi Knodel**

Anwesende:

**Gemeinderäte**

- |  |   |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> Amann Manfred                         | <input type="checkbox"/> Karcher Joachim entschuldigt       |
| <input checked="" type="checkbox"/> Badewien-Oehler Dorothea   | <input type="checkbox"/> Kiesinger Peter entschuldigt       |
| <input type="checkbox"/> Becker Otto entschuldigt              | <input checked="" type="checkbox"/> Metz Günter             |
| <input checked="" type="checkbox"/> Bodemer Rolf bis 20:50 Uhr | <input checked="" type="checkbox"/> Müller Willibald        |
| <input checked="" type="checkbox"/> Christmann Heike           | <input checked="" type="checkbox"/> Nürnberg Cornelia       |
| <input type="checkbox"/> Dummler Reinhard                      | <input checked="" type="checkbox"/> Rädle Roland            |
| <input checked="" type="checkbox"/> Günther Heike              | <input checked="" type="checkbox"/> Rohrer Uwe              |
| <input checked="" type="checkbox"/> Haas Reinhard              | <input checked="" type="checkbox"/> Dr. Rupp Martin         |
| <input checked="" type="checkbox"/> Haller Helmut              | <input checked="" type="checkbox"/> Schlifkowitz Hielta     |
| <input checked="" type="checkbox"/> Herrmann Jürgen            | <input checked="" type="checkbox"/> Schmidt Michael         |
| <input checked="" type="checkbox"/> Höger Günther              | <input checked="" type="checkbox"/> Steigerwald Klaus       |
| <input checked="" type="checkbox"/> Höger Otto                 | <input checked="" type="checkbox"/> Vollmer Susanna         |
| <input checked="" type="checkbox"/> Hoffer Walter              | <input checked="" type="checkbox"/> Welte Michael 18:20 Uhr |

**Gäste:**

Frau Schippalies, Herr Jannarelli zu Top Helmut Kunz  
5

**Ortsvorsteher:**

**Schriftführer:**

Hans-Dieter Stößer

**Verwaltung:**

- |  |  |
|--|--|
| <input checked="" type="checkbox"/> Roland Tibi      | <input checked="" type="checkbox"/> Ronald Knackfuß    |
| <input checked="" type="checkbox"/> Simone Kruthoff  | <input checked="" type="checkbox"/> Hans-Dieter Stößer |
| <input checked="" type="checkbox"/> Thomas Anderer   | <input checked="" type="checkbox"/> Martina Danese     |
| <input checked="" type="checkbox"/> Joachim Guthmann |  |

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass durch Ladung vom 28.07.2010 ordnungsgemäß eingeladen worden und die öffentliche Tagesordnung im Mitteilungsblatt am 22. Juli erschienen ist und das Kollegium beschlussfähig ist, weil 21 Gemeinderäte einschließlich Vorsitzender anwesend sind.

**Als Urkundspersonen werden ernannt:**

Gemeinderäte Höger Günter, Herrmann Jürgen, Steigerwald Klaus, Rohrer Uwe



GR Jürgen Herrmann (Freie Wähler) stellt den Geschäftsordnungsantrag, Top 8 nach Top 2 zu behandeln. Dieser Geschäftsordnungsantrag findet mit 8 Jastimmen und 8 Neinstimmen keine Mehrheit.

### **Zu 1.) Bekanntgaben**

Der Vorsitzende informiert über ein Urteil des Oberlandesgerichts in Sachen Randentlastungsstraße. Die Gemeinde Karlsbad habe dabei im Verfahren gegen die Firma Johann Joos erneut einen Prozessserfolg verbuchen können. Rechnungsamtsleiterin Simone Kruthoff berichtet, dass der Haushalt der Gemeinde rechtskräftig geworden ist. Wegen des hohen Defizits habe die Genehmigungsbehörde Anmerkungen gemacht. Hierzu werden noch Gespräche geführt.

### **Zu 2.) Fragen der Gemeinderäte**

Grin Heike Günther (Bündnis 90/Grüne) erkundigt sich nach der Verkehrssituation im Bereich Aldi/Edeka. Hier werden – so antwortet Hauptamtsleiter Roland Tibi – Veränderungen vorgenommen. Die Zustimmung eines Eigentümers fehle noch. Auf eine weitere Nachfrage zu den Vereinskürzungen im Haushalt 2010 sagt Tibi, dass die betroffenen Vereine hierüber schriftlich informiert werden bzw. bereits informiert sind. Aus Zeitgründen konnten noch nicht alle Vereine benachrichtigt werden. Dies wird sukzessive erfolgen. GR Klaus Steigerwald (SPD) fragt, warum die Gemeinde die Karlsbader Firmen nicht stärker bei Ausschreibungen berücksichtige. Ortsbaumeister Ronald Knackfuß stellt klar, dass bei Vergaben grundsätzlich alle Karlsbader Firmen angefragt werden. Die Vergabevorschriften besagten, dass die preisgünstigsten Bieter berücksichtigt werden müssten. GR Günter Metz (Freie Wähler) moniert defekte Lampen im Bereich Wasenhalle Schulhof Treppe. Knackfuß sagt, dass man dies an EnBW weitergeben werde.

### **Zu 3.) Beschlussfassung Sanierung Sportplatz Langensteinbach alte Vorl. G 10/049**

Der Vorsitzende hält Sachvortrag. Er erinnert, dass der Sanierungsbedarf seit Jahren unbestritten sei. Aus verschiedenen Gründen seien grundlegende Sanierungen immer wieder nicht in Angriff genommen worden. Die Anlage sollte nach einem Gemeinderatsbeschluss vom Oktober 2007 mit einem Gesamtaufwand von nahezu einer Million Euro grundlegend saniert werden. Die Zuschüsse flossen nicht und das Projekt wurde zurückgestellt. Im Hinblick auf die schlechte Haushaltslage habe man sich mit dem Gemeinderat für eine begrenzte Sanierung über rund 80.000 Euro mit Mittelanmeldung für den Haushalt 2011 entschieden (Rückbau schadhafter Tribüne 15.000 Euro, neue Treppenanlage 6.000 Euro, Sanierung der Leichtathletikanlagen als Tennenbelag 30.000 Euro, Erneuerung Zaunanlage 20.000 Euro, Tennenbelagpflegegerät 8.000 Euro). Die Schulleitungen hätten Wert auf die Tribünenanlagen gelegt, auf Flutlicht hingegen nicht. Eine Generalsanierung wäre dennoch auf längere Sicht wünschenswert. Die Benutzerquote wird mit etwa 60 Prozent Schule und 40 Prozent Verein angegeben. Die Vereinslösung umfasse den Neubau einer überdachten Tribüne für 1.200 Besucher, den Bau einer Kunststoff-Umlaufbahn, leichtathletische Nebenanlagen für Weitsprung, Diskuswerfen und Hochsprung. Die Gemeinde überlässt dem Verein das gesamte Gelände für 50 Jahre in Erbpacht. Sie mietet die



Anlage für den Schulsport an. Außerdem bezahlt sie Investitionszuschüsse in Höhe von 138.000 Euro und übernimmt eine Ausfallbürgschaft über 400.000 Euro. Als Finanzierungsbausteine dienen dem Verein Einnahmen durch eine Fotovoltaik-Anlage auf dem Tribünendach und Einnahmen aus Mietzahlungen der Gemeinde für den Schulsport (jährlich 44.000 Euro). Der jährliche Gesamtaufwand für die Gemeinde sei allerdings höher und beträgt insgesamt rund 87.000 Euro. Die Zahlen der Verwaltung seien etwas anders als die des Vereins, weil man nicht mit Normwerten des Deutschen Sportbundes, sondern mit echten Kosten gerechnet habe.

Querbeet sehen die Gemeinderäte die Notwendigkeit, dass etwas gemacht werden muss. GR Roland Rädle (CDU) spricht von einer überraschenden Offerte des Vereins. Diese sei die einzige Lösung, um etwas richtig zu machen. Die Finanzen der Gemeinde ließen keine Komplettsanierung zu. Der Verein übernehme Verantwortung und habe gefestigte Zahlen geliefert. Man müsse bei der Entscheidung sehen, wie wichtig das Schulzentrum sei und „weit nach vorn“ blicken.

GR Jürgen Herrmann (Freie Wähler) sieht die Vereinslösung ebenfalls als verlockendes Angebot und meint, dass die Gemeinde die Maßnahme vor drei Jahren selbst gemacht hätte. Er verweist auf die Kosten, das Risiko der Bürgschaft und die Zuschüsse die die Gemeinde leiste. Die Gemeindelösung schneide über die Laufzeit mit 1 Million Euro günstiger ab. Die Fraktion sei sehr uneinheitlich und man müsse die schwierige Finanzlage sehen.

GR Klaus Steigerwald (SPD) meint in Bezug auf die Vereinslösung, dass diese die „Ideallösung“ sei. Demgegenüber stehe die Haushaltssituation. Die Fraktion werde bei geteilter Meinung für die Vereinsvariante votieren.

GR Uwe Rohrer (Bündnis 90/Grüne) signalisiert Zustimmung und meint, dass der Beschluss über die Sanierung der Schulsportanlage, den der Gemeinderat gefasst habe, im Grund noch weiter stehe. Geld für Notlösungen wäre hinausgeworfenes Geld. Das Bürgschaftsrisiko sei kleiner geworden.

GR Willibald Müller (Freie Wähler) zieht einen Vergleich zum ATSV Mutschelbach. Der Vorsitzende zeigt sich sehr verwundert über das „sehr unterschiedliche Abstimmungsverhalten bei denselben Tagesordnungspunkten in nichtöffentlicher und öffentlicher Sitzung“ und führt dies auf den Druck der Öffentlichkeit zurück. Er wolle sich bei keiner Haushaltsberatung mehr vorwerfen lassen, dass man keine Sparvorschläge gemacht habe.

GR Helmut Haller (SPD) spricht von einer guten Grundlage die der Verein mit dem Konzept aufgestellt habe. Ein Antrag auf geheime Abstimmung von GR Reinhard Haas (SPD) findet keine Mehrheit. Er werde zustimmen, die Gemeinde könne die Sache schultern.

Der Vorsitzende bezieht klar Position für die Verwaltungslösung. Man habe den Antrag des Vereins aus Zeitgründen nicht mehr für die Haushaltsberatungen aufarbeiten können. Das Vorhaben sei nicht mit dem ATSV Mutschelbach vergleichbar. Der Verein sei vertrauenswürdig und habe ein ernsthaftes Angebot aufgestellt. Die Maßnahme sei insgesamt notwendig, allerdings müsse man die Form und Dimension der Maßnahmen diskutieren. Bei der Vereinslösung gelte es auch zu berücksichtigen, dass sich die personelle Besetzung in der Vereinsführung über die lange geplante Laufzeit ändert. Wenn der Gemeinderat für eine andere Lösung sei, müssten auch noch die vertraglichen Grundlagen geschaffen werden.

Rechnungsamtleiterin Simone Kruthoff stellt nochmals die Zahlen zur Übernahme der Bürgschaft klar. Die Rechtsaufsichtsbehörde müsse diese zuvor genehmigen. Sie sagt, dass dafür auch die Bonität des Vereins nachgewiesen werden müsse. Der Verein argumentiere damit, dass die Gemeinde mit der Bürgschaft kein Risiko eingehen, da die Bürgschaft letztlich nur für die Erträge bürgt, die durch die Gemeinde in Form von Miete zu erbringen seien. Es gibt aber noch weitere Risiken, so die Rech-



nungsamtsleiterin: Insbesondere das Zinsänderungsrisiko und die Fragen, ob die Rücklagen für Reinvestitionen in ausreichender Höhe angesammelt und die vom Verein vorgesehenen langen Nutzungsdauern so eingehalten werden können. Daneben wird die Gemeinde nach Ablauf des Erbpachtvertrages eine Restwertentschädigung leisten müssen und mit Abschluss des Erbpachtvertrages entsteht ein geringerer Wert des Grundstücks in der Bilanz der Gemeinde als heute.

GR Günter Höger (CDU) stellt den Antrag, der Sanierung nach dem Vorschlag des SVL zuzustimmen.

Der Vorsitzende lässt über diesen Antrag abstimmen. Er wird mit 12 Jastimmen und 10 Neinstimmen angenommen.

#### **Zu 4.) Vorstellung des Verwaltungsvorschlags zur Reduzierung der Öffnungszeiten der Ortsverwaltungen alte Vorl. G 10/048**

Der Vorsitzende sagt, dass die Ortschaftsräte nach dem Beschluss der letzten Gemeinderatssitzung angehört worden sind. Hauptamtsleiter Roland Tibi erläutert die Ergebnisse der Ortschaftsratsbeschlüsse. Mit Ausnahme von Spielberg, wo man sich einen Probelauf vorstellen kann, stoßen die Kürzung in den übrigen Ortschaftsräten durchgängig auf Ablehnung. Credo war, an den bisherigen täglichen Öffnungszeiten festzuhalten. Die Verwaltung setze – so der Vorsitzende und Hauptamtsleiter Roland Tibi – einen Beschluss des Gemeinderates bei den Haushaltsberatungen um. Tibi erläutert, dass man mit einer Einsparung von 1 Stelle – entsprechend 40.000 Euro - rechne.

GR Günter Höger (CDU) sagt, dass man eine Haushaltslage habe wie sie Karlsbad noch nie erlebt hat. Man nehme Millionen von Euro an Darlehen auf, um laufende Ausgaben bezahlen zu können. Sparen sei oberstes Gebot. Die Einsparnotwendigkeiten in anderen Kommunen seien zum Teil noch erheblich höher als in Karlsbad. Die Verwaltung habe auftragsgemäß Zahlen erhoben. Wenn sich in anderen Bereichen nach Überprüfung herausstellt, dass weniger Stunden nötig sind, dann müsse sich der Gemeinderat auch fragen, ob man das dann so belassen will. Man müsse etwas tun. Der Gemeinderat sei im Personalbereich nicht untätig und habe im Zuge der Haushaltsplanberatungen bereits mehrere Stellen (z.B. Bauamt und Bauhof) gestrichen. Bei der letzten Gemeinderatssitzung habe man als Kompromiss zwei Mal 2,5 Stunden oder 2 Mal 3 Stunden vorgeschlagen. Man beantrage dies und die Verwaltung solle entscheiden. Der Bürgermeister sei als Leiter der Gemeindeverwaltung zuständig und solle die Lösung umsetzen.

Die GR Rolf Bodemer und Jürgen Herrmann (Freie Wähler) setzen sich für den vollumfänglichen Erhalt des Serviceangebotes ein. Die Freien Wähler wollten keine massive Reduzierung der Öffnungszeit. In den 80 er und 90 er Jahren habe man sich für eine dezentrale Rathausstruktur entschieden. Für das Rathaus in Mutschelbach gebe es eine Sondersituation. Bodemer kritisiert das Verfahren zur Bemessung der Arbeitszeitanteile in den Ortsverwaltungen mit Beispielen.

GR Günter Metz (Freie Wähler) meint, dass die Ortsverwaltungen „ausbluten“ und die Ortschaftsräte eine deutliche Sprache gesprochen hätten. Die Bürger und Bürgerinnen hätten nicht hinnehmbare Nachteile.

GR Dorothea Badewien-Oehler (Bündnis 90/Grüne) spricht sich für moderate Kürzungen aus.

Ortsvorsteher Helmut Kunz (Freie Wähler) sagt, dass man immer mehr Zweifel an der Notwendigkeit der Kürzungen habe, man spare nicht beim Geld, sondern beim Service für die Bürger.



Der Vorsitzende zeigt sich erneut erstaunt über die Vorschläge zu einem Kompromiss. Darauf hätte man sich gleich einigen können. Eine Verlagerung von Aufgaben auf Personen in den Ortsverwaltungen, um Arbeiten bei schwächerer Beschäftigung auszugleichen, sei organisatorisch nahezu unmöglich. Dies bestätigt auch Hauptamtsleiter Roland Tibi nachdrücklich. Das Messverfahren sei richtig und passend. Der Vorsitzende sagt, dass sein Organisationsrecht vom Gemeinderat über die Haushaltsberatungen eingeschränkt worden sei. GR Uwe Rohrer (Bündnis 90/Grüne) meint, dass die Verwaltung auftragsgemäß Vorschläge erarbeitet habe.

Ein Geschäftsordnungsantrag von GR Willibald Müller (Freie Wähler), alles wie gehabt zu belassen, findet keine Mehrheit. Er wird mit 14 Neinstimmen und 8 Jastimmen abgelehnt.

Der Vorsitzende lässt über einen Kompromissvorschlag der GR Günter Höger (CDU) und Walter Hoffer (SPD) abstimmen: Die Ortsverwaltungen in den Ortsteilen Ittersbach und Spielberg werden an drei Tagen in der Woche jeweils drei Stunden und in Mutschelbach und Auerbach an zwei Tagen in der Woche für jeweils drei Stunden Sprechzeiten geöffnet. Der Gemeinderat stimmt diesem Beschlussvorschlag mit 14 Jastimmen, 7 Neinstimmen und 1 Enthaltung zu.

#### **Zu 5.) Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften „Oberer Sonnenberg“ in Karlsbad-Mutschelbach - Beratung und Beschlussfassung über die vorgetragenen Stellungnahmen - Billigung der Planung und Fassen des Offenlagebeschlusses**

##### **Vorl. G 10/068**

GR Günter Höger (CDU) stellt Einzelfragen die von Joachim Guthmann beantwortet werden.

Der Vorsitzende bittet den Gemeinderat, über die Stellungnahmen der Behörden und der Bürger wie in der Abwägungsvorlage dargestellt zu entscheiden, die Planung einschließlich der Erschließungsplanung zu billigen und die Offenlage des Planentwurfes zum Bebauungsplan und den örtlichen Bauvorschriften „Oberer Sonnenberg“ zu beschließen. Parallel zur Offenlage sind die Behörden gem. § 4 Abs 2 nochmals am Verfahren zu beteiligen.

Der Gemeinderat beschließt dies mit 14 Jastimmen, ohne Gegenstimmen bei 2 Enthaltungen.

#### **Zu 6.) Beratung und Beschlussfassung über Mitteilungsblatt-Statuten für das Karlsbader Mitteilungsblatt**

##### **Vorl. G 10/079 alte Vorl. G 10/050 und V 10/030**

Der stellvertretende Hauptamtsleiter Hans-Dieter Stößer hält Sachvortrag. Er erläutert, dass das Mitteilungsblatt der Gemeinde Karlsbad eine wichtige und gefragte Informationsquelle ist. Es finanziert sich über Abonnenten- und Werbeeinnahmen. Bis dato musste die Gemeinde Karlsbad nie einen eigenen finanziellen Beitrag leisten. Dies soll auch in Zukunft das Ziel sein. Im Jahre 2005 wurde das Mitteilungsblatt im Zuge einer Neukonzeption umgestaltet und gestrafft (z.B. dreispaltig statt zweispaltig) um einerseits attraktiver zu sein und andererseits gewisse Einsparungen bei den Seitenzahlen erreichen zu können. Redaktionelle Einschränkungen wurden für alle Nutzer festgelegt. Durch die Einführung des virtuellen Mitteilungsblattes hoffte man



ebenfalls, Effizienzgewinne erreichen zu können. Aktuell wird ca. 50-58 Prozent der Textmenge virtuell eingestellt. Bei einer über 70 %-igen Nutzung stellt der Verlag der Gemeinde einen Zuschlag zum Seitenkontingent in Aussicht. Dass die Neukonzeption erfolgreich war, zeigte sich daran, dass das Budget in den Jahren von 2005 bis 2009 eingehalten werden konnte. Dabei konnten Mehrseiten durch Einsparungen ausgeglichen werden. Tatsache ist jedoch, dass die Seitenzahl tendenziell steigt und im Vorfeld reagiert werden muss, um Kosten möglichst zu vermeiden. Beispielhafte Ursachen für die Textzunahme sind unter anderem: allgemeine Konkurrenz unter den Vereinen bei Werbung um Mitglieder, Seniorenbeirat als neue Einrichtung, Veranstaltungsseite Senioren, Veranstaltungshinweise Jugend, Öffentlichkeitsarbeit für Betreuungsangebote, Kunst- und Musikschule sowie Musikschule Acco-Musica mit Werbung für Programme, Traube Spielberg, Bürgerinitiative BIOLA, Bibelheim und Langensteinbacher Höhe (seit 2006 im Mitteilungsblatt), Kulturwerbung für Haus Conrath im vorderen Teil. Außerdem muss ein Puffer für besondere Jahre (z.B. Wahljahre erarbeitet werden). Daher wurden die – selbst machbaren – Kürzungen schon umgesetzt: Die Volkshochschule belegt nur noch durchschnittlich 1 Seite pro Woche, die Veranstaltungsseite der Senioren könnte auf durchschnittlich ½ Seite abgesenkt werden. Versuchsweise hat sich dies als machbar erwiesen. Allerdings kam es hierbei zu vielen Rückfragen beim Seniorenbeirat. Reduziert ist die Veranstaltungsseite der Jugendarbeit auf durchschnittlich weniger als ½ Seite. Auch die Landkreisinformationen werden nur ausnahmsweise mit vollem Text veröffentlicht. Darüber hinaus ist es für die Zukunft allerdings unumgänglich, Begrenzungen auch in den anderen Bereichen durchzuführen. Sie sind Teil der Mitteilungsblattstatuten. Das Aufstellen von Mitteilungsblattstatuten ist eine Aufgabe des Gemeinderates. Sie sorgen für Klarheit und Transparenz. Über die verbindliche Einführung des virtuellen Mitteilungsblattes kann die Aufgabe effizienter abgewickelt werden. Es ist vorgesehen, nach vielen freiwilligen Appellen im Mitteilungsblatt - unter anderem mit einer Gewinnaktion und direkten Werbeaktionen zuletzt im Mai - die virtuelle Berichterstattung verpflichtend für alle Nutzer des Mitteilungsblattes ab Januar 2011 einzuführen und dabei jeweils ein Kontingent vorzugeben.

Für die Vereine wird vorgeschlagen, einen Eckwert von 35 Zeilen inklusive Bild anzusetzen, weitere Vorgaben betreffen die Parteien, Fraktionen, Schulen, Fördervereine, Kindergärten und Gruppen. Vereine/ Feuerwehr(Feuwehrabteilung) / Seniorenbeirat / Kommunale Musikschule /Ortsteile sowie anerkannte Vereinsabteilungen (SVS, SVL, ATSV, VFR, TSV): 35 Zeilen; Parteien und Freie Wähler: 60 Zeilen je Partei und Freie Wähler; Fraktionen: 20 Zeilen je Fraktion; Schulen und Fördervereine, Kindergärten, Gemeindeentwicklungsplanung / Jugendgruppen / Rheumaliga, AMSEL, Arbeitskreis Heimatpflege Spielberg, Mommouthfreunde, Deutsch-Französische Freundschaft, Freundeskreis Seniorenhaus Spielberg, Miteinander – Füreinander, Rentnerfreizeit Spielberg, Hospiz-Stiftung Waldbronn: 20 Zeilen. Evangelische Kirchengemeinden Langensteinbach, Ittersbach, Spielberg: 150 Zeilen pro Ortsteil-Kirche, Evangelische Kirchengemeinden Mutschelbach, Auerbach: 90 Zeilen pro Ortsteil-Kirche, Katholische Kirchengemeinde: 140 Zeilen, Neuapostolische Kirchengemeinden (für ganz Karlsbad): 90 Zeilen, Sonstige Kirchen- und Glaubensgemeinschaften mit Sitz in Karlsbad (Bibelheim Bethanien und Langensteinbacher Höhe): 25 Zeilen pro Gemeinschaft.

Der Verwaltungs- und Finanzausschuss hatte beantragt, zu prüfen, das Budget für die Vereine von 35 Zeilen auf 70 Zeilen zu verdoppeln und durch Einsparungen bei den Kirchen auszugleichen. Dies hätte, so erläutert Hans-Dieter Stößer, zu einem



Mehrbedarf von über 16 Seiten pro Woche und Kosten von über 72.000 Euro für die Gemeinde geführt. Eine Kompensation durch die Kirchen sei hier nicht möglich.

GR Jürgen Herrmann (Freie Wähler) schlägt vor, durch dreimaliges Nichterscheinen des Mitteilungsblattes in den Sommerferien Seiten einzusparen die den Vereinen zugeschlagen werden könnten. Nach einer kurzen Diskussion beantragt GR Klaus Steigerwald (SPD), das Thema zu vertagen.

Der Vorsitzende lässt über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen. Dieser wird mit 10 Jastimmen, 9 Neinstimmen und 1 Enthaltung angenommen.

### **Zu 7.) Beratung und Beschlussfassung über die Satzungsänderung ehrenamtliche Aufwandsentschädigung alte Vorl. G 10/043**

Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Der Vorsitzende bittet den Gemeinderat, die Satzungsänderung der Satzung über die Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit zu beschließen. Der Gemeinderat beschließt dies mit 21 Jastimmen, ohne Gegenstimmen und Enthaltungen.

### **Zu 8.) Bericht Kindergarten/Schule Ittersbach und Beschlussfassung über das weitere Vorgehen alte Vorl. G 10/066**

Der Vorsitzende hält Sachvortrag. Die Konzeption umfasse folgende organisatorischen und baulichen Änderungen im Bereich Grundschule / Kindergarten und Förderschule: die Grundschule möchte sich den Zugriff auf den vom Kindergarten genutzten Unterrichtsraum vorbehalten. Er könne zunächst beim Kindergarten verbleiben. Aufgrund des neuen Klassenteilers könnte sich in den nachfolgenden Schuljahren ein Mehrbedarf an einem Unterrichtsraum ergeben. Hauptamtsleiter Roland Tibi verwies in diesem Zusammenhang auf die zurückgehenden Kinderzahlen in Ittersbach. Die Förderschule möchte den bestehenden Fachunterrichtsraum Physik in einen zusätzlichen Unterrichts-/Kursraum sowie zusätzlichen Lager- und Abstellraum umbauen. Bei der Kernzeitbetreuung ist vorgesehen, die Küche der Förderschule mit Kernzeitbetreuung durch nutzen des Raumes in der Wasenhalle (Schachclub) zu entkoppeln. Die Verwaltung werde dem Schachclub für seinen Trainings- und Wettkampfbetrieb einen Raum im Rathaus anbieten. Beim Kindergarten soll ein zusätzlicher Gruppenraum mit ca. 50 Quadratmetern in Eingangsbereich angebaut werden. Die Sozialräume sollen vom Erdgeschoss in das Untergeschoss verlagert werden. Dadurch gewinnt man einen zusätzlichen sechsten Gruppenraum. Der Sanitärbereich wird saniert und verbessert. Für die Nebenräume und ein Büro bestehe noch Klärungsbedarf. Die erste Grobkalkulation umfasst Kosten von 200.000 bis 250.000 Euro. Wenn ein Zuschuss gewährt wird, könne mit einer Summe von 100.000 Euro gerechnet werden.

Etwas kritisch sehen die GR Heike Christmann (Freie Wähler) und Walter Hoffer (SPD) die Konzeption bezüglich der Essenssituation und der praktischen Realisierbarkeit. GR Günter Metz (Freie Wähler) zeigt sich überrascht über die Verlagerung des Schachraums in das Dachgeschoss des Rathauses. Dies sei, so der Vorsitzende, machbar. Der Vorsitzende bittet den Gemeinderat, zu beschließen, die vorgestellten konzeptionellen Überlegungen zur Verbesserung der Raumsituation im Kin-



dergarten Ittersbach mit zu tragen und um zügig den Förderantrag für den Kindergarten Ittersbach stellen zu können, bittet die Verwaltung um Zustimmung der Vergabe des Planungsauftrages an das Architekturbüro Rieger, Ittersbach. Der Gemeinderat beschließt dies mit 20 Jastimmen und 1 Enthaltung.

**Zu 9.) Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften „Einkaufsmarkt Spielberg“  
Billigung der Planung und Fassen des Offenlagebeschlusses  
Vorl. G 10/069**

GR Michael Welte (CDU) erklärt sich für befangen und verlässt den Sitzungsraum. Der Vorsitzende bittet den Gemeinderat – nachdem kein Sachvortrag gewünscht wird – folgendem Beschlussvorschlag zuzustimmen: Der Gemeinderat billigt den beigefügten Planentwurf und beschließt die Offenlage der Planung. Der Gemeinderat stimmt dem Beschlussvorschlag mit 17 Jastimmen und 3 Enthaltungen zu.

**Zu 10.) Beratung und Beschlussfassung über den Abschluss eines Erschließungsvertrages im Bereich „Eichbusch“ in Karlsbad-Langensteinbach  
Vorl. G 10/070**

GR Michael Welte (CDU) rückt wieder in den Sitzungskreis ein. GR Uwe Rohrer (Bündnis 90/Grüne) erklärt sich für befangen und verlässt den Sitzungsraum. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht.

Der Vorsitzende bittet den Gemeinderat, der dargelegten Vorgehensweise zuzustimmen und den Abschluss des beigefügten Erschließungsvertrages mit der Firma ESB Kommunalprojekt, Weingarten zu beschließen. Der Gemeinderat beschließt dies mit 20 Jastimmen, ohne Gegenstimmen und Enthaltungen.

**Zu 11.) Beratung und Beschlussfassung über Baugesuche:**

**11.1 Bauantrag zum Neubau einer landwirtschaftlichen Berge- und Maschinen-Halle, eines Schafstalles und eines Güllebehälters auf dem Grundstück**

**Flst. Nr. 4479, Gewann Hamberg, Spielberg  
Vorl. G 10/071**

**11.2 Bauantrag zur Erweiterung des bestehenden Viehstallgebäudes und Neubau einer Futterlagerhalle sowie Güllegrube und Dunglege auf den Grundstücken Flst.Nr. 10905 u. 10932, Im Steinig 7, Langensteinbach**

**Vorl. G 10/072**

**11.3 Bauantrag zum Neubau einer landwirtschaftlichen Mehrzweckhalle auf dem Grundstück Flst.Nr. 9823, Gewann Erlensiegen, Langensteinbach – erneute Beschlussfassung**

**Vorl. G 10/073**

GR Uwe Rohrer (Bündnis 90/Grüne) nimmt wieder im Sitzungskreis Platz. Joachim Guthmann hält Sachvortrag zu 11.1. GR Reinhard Haas (SPD) spricht sich gegen diesen „Gigantismus“ aus. Auf Nachfrage erläutert H. Guthmann, dass Begrümmungsmaßnahmen vorgesehen sind. Der Vorsitzende bittet den Gemeinderat, das Ge-



meindeeinvernehmen zu erteilen. Der Gemeinderat erteilt das Gemeindeeinvernehmen mit 11 Neinstimmen, 1 Jastimme und 9 Enthaltungen nicht.

Beim Top 11.2 erklärt sich der Vorsitzende für befangen und verlässt den Sitzungsraum. GR Klaus Steigerwald (SPD) übernimmt den Vorsitz. Herr Guthmann hält Sachvortrag. Er bittet den Gemeinderat, das Gemeindeeinvernehmen zu erteilen. Das Gemeindeeinvernehmen wird mit 21 Jastimmen, ohne Gegenstimmen und Enthaltungen erteilt.

Der Vorsitzende übernimmt wieder den Vorsitz beim Top 11.3. Herr Guthmann hält Sachvortrag. GR Roland Rädle (CDU) findet den jetzigen Standort besser als der ursprüngliche in Waldnähe. Der Vorsitzende bittet den Gemeinderat, aufgrund der Informationen in der Vorlage des Gemeindeeinvernehmen zu erteilen. Das Gemeindeeinvernehmen wird mit 16 Jastimmen, 3 Gegenstimmen und 1 Enthaltung erteilt.

### **Zu 12.) Beratung und Beschlussfassung über die Änderung der Gebührenordnung für die Grillplätze der Gemeinde Karlsbad Vorl. G 10/074**

Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Rechnungsamtleiterin Simone Kruthoff weist auf eine redaktionelle Änderung hin. Der Vorsitzende bittet den Gemeinderat, die beiliegende Neufassung der Gebührenordnung für die Grillplätze der Gemeinde Karlsbad zu beschließen. Der Gemeinderat beschließt dies 17 Jastimmen, 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen.

### **Zu 13.) Genehmigung von Protokollen**

Das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 8.7.2010 wird mit 20 Jastimmen, ohne Gegenstimmen und Enthaltungen genehmigt.

### **Zu 14.) Verschiedenes**

Nichts.

### **Zu 15.) Fragen der Zuhörer**

Keine.



---

Bürgermeister Rudi Knodel

---

Gemeinderat Günter Höger

---

Gemeinderat Jürgen Herrmann

---

Gemeinderat Klaus Steigerwald

---

Gemeinderat Uwe Rohrer

---

Protokollführer Hans-Dieter Stößer